Affront gegen Armee

Autor(en): **Schlüer, Ulrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **87 (2012)**

Heft 6

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-716110

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Affront gegen Armee

Noch in der letzten Legislatur, im September vergangenen Jahres beschloss das Parlament als höchste gesetzgebende Instanz der Schweiz, der Landesverteidigung einen jährlichen Ausgaben-Plafond von 5 Milliarden zuzubilligen. Das hätte ausgereicht für eine voll ausgerüstete 100 000-Mann-Armee.

ULRICH SCHLÜER, CHEFREDAKTOR «SCHWEIZERZEIT», FLAACH

Der Bundesrat wollte diesen Beschluss nicht. Eine 80 000-Mann-Armee schien ihm – allein aus finanziellen Gründen – genügend, dotiert mit 4,4 Milliarden Franken jährlich. Wie mit solchem Minimalbestand im Alarmfall beispielsweise eine mehrwöchige Bewachung (das Wort «Kampfeinsatz» ist aus dem bundesrätlichen Wortschatz längst verschwunden) gefährdeter Infrastruktur-Einrichtungen (Flughäfen, Bahnlinien, Bahnhöfe usw.) hätte gewährleistet werden sollen – darüber verlor der Bundesrat kein Wort.

Bundesrat gegen Parlament

Soeben, am 25. April 2012 hat die Landesregierung den verbindlichen Parlamentsbeschluss kurzerhand und verfassungswidrig gestrichen. Sie weigert sich, der Armee mehr als 4,7 Milliarden zu bewilligen – und dies erst ab 2015.

Das Parlament hatte die Mittelerhöhung bereits für 2014 beschlossen. Gleichzeitig stellt der Bundesrat dem Währungsfonds IWF (der erst letztes Jahr von Bern 18 Milliarden empfangen hat) weitere 10 Milliarden in Aussicht – für die Stopfung von Schuldenlöchern in Euro-Staaten. Das Parlament, eigentlich für solche Zahlungen zuständig, wurde nicht einmal vororientiert. Der Bundesrat verfolgt mit der willkürlichen Kürzung der Armee-Mittel ganz offenkundig ein Ziel: Er will das VBS – in offenem Widerspruch zum Parlament – dazu zwingen, für die Erneuerung der Schweizer Luftwaffe eine referendumspflichtige Spezialfinanzierung auf die Beine stellen zu müssen.

Abwertung der Armee

Nicht die Referendumspflicht stört an diesem Beschluss. Schliesslich haben die Befürworter glaubwürdiger Landesverteidigung den Kampf um den FA-18 seinerzeit haushoch gewonnen. Aber die gezielte, offensichtlich gewollte Schlechterstellung der Armee im Bundeshaushalt der Eidgenossenschaft alarmiert.

Für Entwicklungshilfe-Milliarden, für IWF-Milliarden, für Milliarden an Asylbetrüger – für solche Aufgaben, die mit Überforderung und Verschwendung weit mehr als mit ausgewiesenen Bedürfnissen zu tun haben, will der Bundesrat weiterhin einfach in die Bundeskasse greifen und aus dem Vollen schöpfen können – ohne Referendum.

Die Armee-Ausrüstung zur Gewährleistung von Sicherheit für Land und Bevölkerung aber soll generell referendumspflichtig werden. Als wäre Landesverteidigung eine Aufgabe zweiter Klasse.

Sicherheit missachtet

Aufgaben, die der Sicherheit und der Selbstbestimmung einer unabhängigen Schweiz dienen, quittiert der Bundesrat mit Widerstand, ja Verachtung. Und das Parlament, das die derzeit an allen Fronten überforderte Regierung als Affront gegen die stärkste Partei des Landes gewählt hat, hüllt sich zum üblen, sogar Verfassungsprinzipien verletzenden Spiel in Schweigen.

Akzeptabel wäre die Einführung des Allgemeinen Finanzreferendums, womit – das wäre ein spürbarer Beitrag zur Sparsamkeit – alle grösseren Ausgaben, nicht nur die Armeeausgaben, dem Referendum unterstellt würden.

Der Bundesrats-Beschluss vom 25. April 2012 zielt allein auf die Landesverteidigung. An einer unabhängigen, ihre Sicherheit aus eigener Kraft gewährleistenden Schweiz liegt der heutigen Landesregierung offenbar nicht mehr viel.

Sicherheit Schweiz: Lagebericht 2012 des Nachrichtendienstes des Bundes

Das strategische Umfeld der Schweiz hat sich in der Berichtsperiode verändert. Zu dieser Beurteilung kommt der Nachrichtendienst des Bundes NDB in seinem Lagebericht 2012. So haben die Schuldenkrise in Europa und der arabische Frühling auch Einfluss auf die Sicherheit der Schweiz.

Mit dem Lageradar hat der NDB ein neues Instrument zur Darstellung der umfassenden Beurteilung der Bedrohungslage geschaffen. Der Lagebericht des NDB stellt die Lage mit Stand Februar 2012 dar. Deshalb trägt der Bericht neu auch die Jahreszahl des Erscheinungsjahres.

Seit 2011 benützt der NDB für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument des Lageradars.

Mit diesem klassifizierten Instrument wird mittels einer Grafik übersichtlich dargestellt, welche Bedrohungen für die Sicherheit der Schweiz aus Sicht des NDB und weiterer Stellen (Nachrichtenverbund Schweiz) aktuell sind oder sich in näherer oder fernerer Zukunft akzentuieren könnten.

Die wichtigsten Erkenntnisse: Proliferation und Spionage sowie Terrorismus und Angriffe auf Informationsinfrastrukturen sind weiterhin die grössten potenziellen Bedrohungen für die Schweiz.

Obschon das Gewaltpotenzial beim Linksextremismus weiterhin als hoch eingestuft wird und der Rechtsextremismus durch die Anschläge in Norwegen und die Aufdeckung der Zwickauer Zelle in Deutschland mediale Schlagzeilen machten, stuft der NDB den Gewaltextremismus in der Schweiz nicht als staatsgefährdend ein.

Die Schuldenkrise in Europa sowie der arabische Frühling haben auch Einfluss auf die Sicherheit der Schweiz.

Felix Endrich